

Sankt PaulinX



... mit dem LINKEN Auge siehst Du schärfer!
DIE LINKE.St. Pauli

Nr. 8 Juni 2011

**Damit die Anti-Atomkraft-Sonne auch
über St. Pauli aufgehen kann:**

**Volksbegehren
„Unser Hamburg - unser Netz“
unterschreiben!**

S. 6-7



**Interview mit Ini:
Was wird aus den
Esso Häusern?**

S. 8-10

Diese Chance kommt so schnell nicht wieder!

Wer große Chancen vergibt, trauert diesen später nach. Diese Erfahrung hat der Fußballclub unseres Viertels in der abgelaufenen Saison zuhauf machen müssen. Wichtige Schritte Richtung Klassenerhalt wurden ausgelassen und so stand am Ende folgerichtig der Abstieg.

Eine ganz dicke Chance hat die wahlberechtigte Bevölkerung Hamburgs vom 2. bis 22. Juni: Wenn genug Menschen das Volksbegehren "Unser Hamburg - unser Netz" unterschreiben, wäre das ein enorm wichtiger Punktssieg im Kampf um die Rekommunalisierung der Energienetze. Wenn es gelingt, den Energiekonzernen die Verfügung über die Netze zu entziehen, wäre das ein "Big Point" auf dem Weg zu einer Energieversorgung ohne die todsichere Atomkraft und ohne

klimafeindliche Kohle. Die Verträge mit den Netzbetreibern laufen aus. Jetzt muss sich die Bevölkerung selber einwechseln, denn die SPD nutzt diese dicke Chance nicht.

Stattdessen spielt die SPD mit allen Mannschaftsteilen schlecht: Auch in der Arbeitsmarkt- und in der Wohnungspolitik sind nach der Wahl neue Personen eingewechselt, aber sie spielen nicht besser als zuvor die CDU. Ganz schlecht spielt schon seit langem Bezirksamtsleiter Schreiber. Zu all dem mehr in dieser 8. Ausgabe der *Sankt PauliX*.

Eine interessante Lektüre im Namen der Stadtteilgruppe DIE LINKE. St. Pauli wünscht

*Markus Schneider-Johnen,
Sprecher DIE LINKE. St. Pauli*

Viele Wünsche fürs Areal - wenig Resonanz für Wochenmarkt

Am 1. April eröffnete Bezirksamtsleiter Schreiber vor dem Ex-Real einen Wochen- und Flohmarkt, der nun jeden Freitag bis 15 Uhr öffnet. Soll diese "Zwischennutzung" nun den vormals von Montag bis Samstag ganztägig geöffneten Vollsortimenter ersetzen? Zumindest soll sie davon ablenken, dass die städtische Rindermarkthalle seit einem Jahr



Lange Wunschliste für Ex-Real - langes Gesicht bei Schreiber

leer steht. Viele Menschen hatten sich bei der Umfrage in den umliegenden Wohnvierteln wieder eine Einkaufsmöglichkeit im Real gewünscht - bekommen haben sie einen Wochen- und Flohmarkt, der auf wenig Resonanz stößt.

Alle Wünsche aus den ca. 550 ausgefüllten Fragebögen bekam Herr Schreiber bei der Markteröffnung überreicht. Die nach wie vor ehrenamtlich laufende "Wunschproduktion" der Menschen vor Ort lehnt er offensichtlich weiter ab. (msj)

Große Erfolge bei den Wahlen auf St. Pauli: Über 20% für DIE LINKE!

- Bei der vorgezogenen Neuwahl zur Hamburger Bürgerschaft am 20. Februar 2011 konnte DIE LINKE ihren Stimmenanteil auf St. Pauli von 15,0% auf 20,0% steigern. Damit ist St. Pauli die LINKE Hochburg Nr. 1 in Hamburg.
- Auch im Stadtteilkonstrukt Sternschanze hat DIE LINKE zugelegt: von 16,2 auf 19,8%.
- Bei den Wahlen zu den Bezirksparlamenten hat DIE LINKE noch besser abgeschnitten: auf St. Pauli 22,8%, in der Schanze 22,2%. Unser lokales Engagement wurde somit honoriert.
- Die SPD hat im Gegensatz zu ihren gesamtstädtischen Gewinnen auf St. Pauli deutliche Stimmenverluste hinnehmen müssen.
- Die CDU im Viertel die 5%-Hürde knapp geschafft, in der Sternschanze sogar verfehlt: 4,1% für die Bürgerschaft, 3,8% für das Bezirksparlament.
- Die Grünlichen konnten nicht von ihrem Bundestrend profitieren, sondern stagnieren.
- An die FDP haben auf St. Pauli nur noch 1,9% (2008:3,3%) ihre Stimme verschenkt.
- Unsere höchsten Stimmenanteile holten wir bei der Bürgerschaftswahl im Stimmbezirk 10902, Wahllokal Glashüttenstraße mit 27,5% und im Stimmbezirk 10203, Wahllokal Friedrichstraße mit 27,3%.
- Bei der Wahl zur Bezirksversammlung haben wir in zwei Stimmbezirken sogar die meisten Stimmen aller Parteien erhalten: im Stimmbezirk 11003, Wahllokal Kleine Freiheit mit 29,5% und im Stimmbezirk 10203, Wahllokal Friedrichstraße mit 32,5%.

Wir gratulieren allen, die den Mut hatten, trotz der gegen uns inszenierten Schlammschlacht DIE LINKE zu wählen. Sie haben dazu beigetragen, dass es in der Bezirksversammlung und in der Bürgerschaft weiterhin eine deutlich vernehmbare Stimme gibt für die Bedürfnisse der Menschen, die in unserem Viertel leben, insbesondere für die, die von Verdrängung aus dem Stadtteil bedroht sind. Wir machen weiter Druck in der Opposition. (msj)



Linker Wahlkampf auf St. Pauli: Inhalte statt Köpfe

Chaos in Hamburgs Arbeitsmarktpolitik

Hamburg liegt sowohl beim Abbau der Arbeitslosigkeit als auch bei der Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze unter dem Bundesdurchschnitt. So ist die Arbeitslosenquote im Bund von 8,1% in einem Jahr auf 7,3% gesunken, in Hamburg dagegen nur von 8,6% auf 8,2%. Auch beim Aufbau sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze hinkt Hamburg hinterher.

Betrachtet man die Struktur der Arbeitslosigkeit, fällt auf, dass besonders die Langzeitarbeitslosen nicht an der konjunkturellen Entwicklung partizipieren. Angesichts dieser immer noch schwierigen Lage am Arbeitsmarkt müsste bei den politisch Verantwortlichen eigentlich aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik auf der Tagesordnung stehen. Das Gegenteil ist der Fall. So erhält die Arge in Hamburg in diesem Jahr 50 Mio. Euro weniger für Arbeitsmarktmaßnahmen als 2010. 2014 sollen der Arbeitsgemeinschaft dann nur noch 90 Mio. Euro überwiesen werden – halb so viel wie 2010.

In Hamburg ist aktive Arbeitsmarktpolitik schon lange kein Gestaltungsthema mehr. So wurden die dafür zur Verfügung gestellten Regionalmittel in den letzten zehn Jahren von etwa 120 Mio. Euro auf jetzt nur mehr 30 Mio. Euro zusammengestrichen. Zudem hat der neue zuständige Senator Scheele bislang keine Ideen für eine Neuausrichtung der aktiven Beschäftigungspolitik in Hamburg vorgelegt. Als Ziel sollte eigentlich die berufliche Eingliederung der Arbeitsuchenden stehen. Die Betroffenen und die Träger werden bislang vom Senator nur als Schachfiguren auf dem politischen Feld behandelt. Die ihnen mit Sanktionsdrohungen als Strohalm angebotenen Ein-Euro-Jobs mit verschwindend kleiner

Vermittlungschance können kaum mehr als eine Sackgasse mit bescheidener »Mehraufwandschädigung« sein.



Nun hat die zuständige Sozialbehörde zunächst verkündet, dass die Zahl der umstrittenen Ein-Euro-Jobs in Hamburg in den kommenden Monaten auf 4.550 und damit unter das vom Bund vorgesehene Maß herabgedrückt werden sollte. Ende April ruderte Sozialsenator Scheele zurück und gab bekannt, dass auf die Streichung von 2.000 Ein-Euro-Jobs zunächst verzichtet werden würde. Es stellte sich nun heraus, dass beträchtlich weniger Ein-Euro-Jobs überhaupt besetzt sind, als von Herrn Scheele angenommen. Und so wird daran gedacht, weitere Ein-Euro-Jobs zu schaffen, um auf die anvisierte Zahl von 6.150 Plätzen im Jahresdurchschnitt zu kommen. Dabei bedeuten diese 6.150 Ein-Euro-Jobs schon einen Rückgang ge-

genüber dem Vorjahr von ca. 3.350 Stellen, gab es doch am 1. Januar 2011 noch genau 9.556 davon in Hamburg. Sinnvolle Beschäftigungspolitik lässt sich mit einem solchen Auf und Ab von Ein-Euro-Jobs nach Kassenlage jedenfalls nicht machen.

Das Chaos im Hartz IV-Regime beschränkt sich aber nicht auf die Ein-Euro-Jobs, sondern bezieht sich auch auf die Sanktionen. In Hamburg gab es im Jahr 2010 einen Höchststand an rechtswidrigen Sanktionsbescheiden des Jobcenters team.arbeit.hamburg. Immerhin bedeutet eine angedrohte Leistungskürzung von 114 Euro bei einem Regelsatz von 364 Euro eine einschneidende Einschränkung in der Lebensführung. Gesunken ist in Hamburg wie im Bundesgebiet die Anzahl der Sanktionen wegen Weigerung, eine zumutbare Arbeit, Ausbildung, Arbeitsgelegenheit etc. aufzunehmen. Hauptpunkt der mit Sanktionen durchgesetzten Forderung an die Erwerbslosen: Meldeversäumnisse. Es ist rechtsstaatlich äußerst bedenklich, dass sanktioniert wird, ohne genau nachzuprüfen, ob überhaupt ordnungsgemäß eingeladen wurde. Von den wenigen Sanktionierten, die sich mit Widersprüchen gegen Sanktionsbescheide wehren, waren

im letzten Jahr 559 Betroffene bereits im Widerspruchsverfahren erfolgreich. Die Erfolgszahlen beim Sozialgericht dürften entsprechend hoch liegen.

DIE LINKE will das repressive, menschenfeindliche Hartz IV-Regime insgesamt abschaffen. Selbst das Vorstandsmitglied der Bundesagentur, Heinrich Alt, räumt ein: „Nur Lebenskünstler können auf Dauer von 364 Euro im Monat leben. Als Überbrückung ist das vertretbar, aber auf lange Sicht ist Transferbezug menschenunwürdig. Deswegen sollten wir daraus auch keinen Dauerzustand werden lassen.“ Wir wollen übergangsweise eine deutliche Anhebung der Regelsätze und zwar ohne das absurde Sanktionsregime. Statt des Bildungspäckchens wollen wir eine unbürokratische Regelung zur Sicherung der Bildungs- und Kulturansprüche der Kinder- und Jugendlichen. Die Arbeitsgelegenheiten sollen abgeschafft und ersetzt werden durch eine Ausweitung sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse, auch im Rahmen öffentlich geförderter Beschäftigung.

*Joachim Bischoff,
arbeitsmarktpolitischer Sprecher der
LINKEN Bürgerschaftsfraktion*



Per Mail die aktuelle Sankt PaulinX

Leider erhalten (noch) nicht alle Haushalte im Viertel die Sankt PaulinX in ihre Briefkästen. Um aber sicher zu gehen, dass gleich nach Erscheinen die neue Ausgabe auch Dich elektronisch erreicht, gibt es zwei Möglichkeiten: entweder auf unserer Website www.sankt-paulinx.de in den Mail-verteiler eintragen oder eine Mail an sankt-paulinx-abo-request@lists.die-linke-hh.de schicken.

Volksbegehren unterschreiben:

Energieversorgung in öffentliche Hand!

Im Mai gab es ein Volksbegehren mit dem Ziel, dass über beabsichtigte Privatisierungen in Hamburg zukünftig per Volksentscheid abgestimmt wird. Ein weiteres Volksbegehren findet nun vom 2. bis 22. Juni statt. Die wichtigsten Fragen zu dem Volksbegehren "Unser Hamburg - unser Netz" beantwortet die Sankt PauLinX:

Wer hat dieses Volksbegehren initiiert?

Die Initiative "Unser Hamburg – unser Netz" ist ein parteiunabhängiges Bündnis aus Umweltverbänden, Bürger- und Verbraucherinitiativen und Kirchen.



Wie lautet der Abstimmungstext?

Die folgenden Forderungen sollen unterschrieben werden:

“Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen. Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.”

Wofür schon wieder ein Volksbegehren?

Die Bürgerschaft hat die Volksinitiative abgelehnt. Nächster Schritt ist nun das Volksbegehren. Ziel des Volksbegehrens ist, die Übernahme der Energienetze und der Fernwärmeversorgung in die öffentliche Hand auch gegen die Parteienmehrheit in der Bürgerschaft zu realisieren. Die Versorgungsnetze für Strom, (Fern)Wärme und Gas sind ein wichtiger Ansatzpunkt, um den notwendigen Wandel zu einer Energieversorgung ohne Atom- und Kohlekraft voranzubringen. Heute werden die Netze in Hamburg von den Energiekonzernen Vattenfall und E.on betrieben. Diese blockieren die notwendige Energiewende. Bis Ende 2012 hat Hamburg nun die Möglichkeit, die mit diesen Unternehmen bestehenden Konzessionsverträge zu kündigen und die Energienetze ab 2015 zu übernehmen.

Als zentral für die Rekommunalisierung sieht die Initiative u.a. folgende Punkte:

- Die Versorgungsnetze sind konsequent im Sinne einer klimaverträglichen Energieversorgung Hamburgs umzubauen. Im Bereich der Fernwärmeversorgung sind die eingesetzten Kohlekraftwerke durch eine dezentrale Erzeugung zu ersetzen.
- Der kommunale Netzbetreiber setzt sich für eine faire und transparente Preisgestaltung ein.
- Die bei Vattenfall und E.on Hanse Beschäftigten sind zu den gültigen Tarifbedingungen und bei Erhalt aller Arbeitsplätze zu übernehmen.

Was wird aus den Esso Häusern? - die Initiative im Interview

In der letzten Ausgabe der Sankt PauLinX hatten wir bereits kurz von den Auseinandersetzungen um die Zukunft des Areals bestehend aus zwei Wohnhäusern, einem zweigeschossigen Gewerberiegel und der Esso-Tankstelle an der Taubenstraße/Ecke Reeperbahn. Diesmal geht es ausführlicher um den Kampf gegen die Zerstörung eines weiteren gewachsenen Teils unseres Viertels. Markus Schneider-Johnen hat einen Vertreter der "Initiative Esso-Häuser" interviewt:

SPX: *Wie ist Eure Initiative zustande gekommen?*

Ini: Die GWA St. Pauli ist auf die Problematik mit den Esso Häusern über einen Hinweis von Mieter helfen Mietern aufmerksam geworden und hat zunächst Gespräche mit den Mietern geführt und zu einem ersten Informationstreffen eingeladen. Auf diesem Treffen und in den Gesprächen wurde schnell deutlich, dass viele sich große Sorgen um ihre Zukunft machen. Daraufhin wurden regelmäßige Treffen organisiert und verschiedene Bewohner, Anwohner und Gewerbetreibende haben sich zu der Initiative zusammengeschlossen, die von der GWA St. Pauli unterstützt und begleitet wird.

SPX: *Welche Ziele verfolgt Eure Initiative?*

Ini: Die Initiative Esso Häuser setzt sich unter anderem ein für günstigen Wohnraum auf St. Pauli, für unbefristete Mietverträge für alle Mieter in den "Esso Häusern", für eine Politik, die sich an den Bedürfnissen der Menschen auf St. Pauli orientiert und nicht an den Profitinteressen der Immobilienwirtschaft, für die Offenlegung der bisherigen Planungen und Absprachen

von Bezirk und Investor und für langfristige Mietverträge für Gewerbetreibende.

Dabei sehen wir die Verhinderung des Abrisses der Esso Häuser als elementar an, besonders unter dem Gesichtspunkt der Verdrängung von angestammter Bevölkerung aus St. Pauli. Auch wenn bei einem Abriss Ersatzwohnungen gestellt werden, gibt es immer Leute, die nicht wieder zurückkommen. Außerdem ist die Mietpreisbindung bei geförderten Wohnungen zeitlich begrenzt, also beginnt im Anschluss die Problematik von vorn. Zu beachten ist auch, dass neu geschaffener frei finanziert hochpreisiger Wohnraum und Eigentumswohnungen einen erheblichen Einfluss auf den Stadtteil haben: steigende Mieten, Veränderung der Gewerbestruktur und somit zur Verdrängung von bestimmten Bevölkerungsgruppen beitragen.





SPX: Wie hat sich der neue Inhaber der Häuser, die "Bayerische Hausbau", vor der von ihm einberufenen Veranstaltung Euch gegenüber präsentiert?

Ini: Der Investor war im Vorfeld eher zurückhaltend und verschlossen, es wurden keine konkreten Informationen zu dem Projekt veröffentlicht. Auch wurde der Instandhaltungsstau abgestritten. Es war die Rede von individuellen Lösungen für jeden einzelnen Mieter. Alles war so formuliert, als wäre ein Abriss bereits beschlossene Sache.

SPX: Wie kam es dazu, dass im Rahmen der Veranstaltung der neue Inhaber eine scheinbare Wende vollzog und in Aussicht stellt, die Möglichkeiten des Erhalts und der Sanierung der Häuser nun prüfen zu wollen?

Diese scheinbare Wende ist auf den massiven Protest der Initiative und interessierter Anwohner auf der

Veranstaltung zurückzuführen. Durch konkrete kritische Fragen und Aussagen bezüglich des Vorgehens und der Pläne wurde aufgedeckt, wie zweifelhaft das Anliegen und die Planungen des Investors sind.

SPX: Haltet Ihr diesen Kurswechsel für glaubhaft?

Ini: Das ist schwer einzuschätzen. Es ist klar, dass es sich bei der Bayerischen Hausbau um einen Big Player handelt und nicht um ein wie so häufig von Seiten der Bayerische Hausbau propagiertes "Familienunternehmen". Sie haben schon diverse Großprojekte realisiert und werden wohl weniger die Interessen der Bewohner von St. Pauli im Auge haben, umso mehr aber die Gewinne ihres Unternehmens. Es scheint sich zu bestätigen, dass die Bayerische Hausbau dieses Projekt als Pilotprojekt sieht, um wieder auf dem Hamburger Immobilienmarkt Fuß zu fassen und somit an einer für sie

positiven Presse und Außendarstellung interessiert ist. Außerdem gibt es viele bestehende unbefristete Mietverträge, die einen Abriss sehr schwierig bis unmöglich machen könnten. Also werden wohl neue Möglichkeiten zur Profitmaximierung gesucht, wie etwa Zusatzbebauung.

SPX: Was erwartet Ihr von der Politik?

Ini: Die Politik soll sich endlich klar positionieren und die Bedenken und Interessen der Bewohner ernst nehmen. Nachdem es bereits diverse Sondierungsgespräche hinter verschlossenen Türen gegeben hat, sollten nun endlich die betroffenen Mieter in die Planungen einbezogen werden und vor allem nicht die Interessen der Wirtschaft höher als die der Bevölkerung gestellt werden. Ein Abrücken von der

scheinbar unendlich reichenden Verwertungslogik ist schon lange erforderlich. Bei diesem Projekt besteht die Möglichkeit, endlich einen Gegenpol zu den in unseren Augen völlig fehlgeschlagenen Großprojekten in der Nachbarschaft, nämlich zum Brauereiquartier und zu den Tanzenden Türmen zu setzen.

SPX: Wie sehen die weiteren Planungen Eurer Ini aus?

Ini: Wir werden weiterhin mit Nachdruck daran arbeiten, die unterschiedlichen Interessen aller Bewohner, Nachbarn und Gewerbetreibenden durchzusetzen und den Akteuren der Politik und des Investors auf die Finger zu schauen, um für eine soziale, faire und lebenswerte Stadt zu kämpfen.

Wohnprojekt mit Geschichtsbewusstsein

Die Baugemeinschaft "Gure Etxea" (baskisch für "Unser Haus"), die zu der Genossenschaft "Ecken und Kanten" gehört, saniert seit Herbst 2009 die denkmalgeschützten Gebäude Paulinenstr. 10-12, um dort ein Wohnprojekt für 17 Menschen zu realisieren. Bereits in der 2. Ausgabe der *Sankt PauLinX* (www.sankt-paulinx.de) hat der Historiker Marut Perle zur Funktion des Hauses als "Sonderdienststelle gegen Zigeunerplage" (Ende der 30er bis Mitte der 40er Jahre) geschrieben. Ein Informationsbanner zur wechselvollen Geschichte des Hauses wurde am 16. Mai an der Baustelle enthüllt. Vorbeischaun lohnt sich. (msj)



Aufregung im Hauptausschuss des Bezirksparlaments: LINKE rügt Bezirksamtsleiter Schreiber

Auf einer Klausurtagung im März wurde von den 7 Bezirksamtsleitern ein Strategiepapier erarbeitet mit dem Titel „Bezirksverwaltung auf Kurs 2020“ bringen. Dieses Papier wurde auszugsweise im Abendblatt Anfang April veröffentlicht. Da war zu lesen, dass im Bereich der Kundenzentren Personal eingespart werden sollte, eventuell sogar Schließungen von Kundenzentren geplant seien. Durch Online-Shops sollen die Bürgerinnen und Bürger von Besuchen und persönlichen Beratungen in den Kundenzentren abgehalten werden. Gleichzeitig könnten neue Einnahmequellen erschlossen werden, indem der Bezirkliche Ordnungsdienst (BOD) personell aufgestockt werde, um unter anderem Bußgelder von Falschparkern und wegen anderer Ordnungswidrigkeiten über die Bezirke einzutreiben. Interessanterweise wurde noch im Herbst 2010 mit großem Aufwand ein anderes gemeinsames Papier der Bezirksamtsleiter verfasst, in dem ganz entschieden gegen Personalabbau und andere Sparmaßnahmen protestiert wurde. Laut wurde vor der Verschlechterung von Dienstleistungen für die Bürger und Bürgerinnen gewarnt und welche schlechte Folgen das haben werde. Denn schließlich kennt niemand die Bedürfnisse der Hamburgerinnen und Hamburger so gut wie die Beschäftigten in den Bezirksämtern. Und das stimmt auch. Daher wurde diese Erklärung an den damaligen CDU/GAL-Senat von allen Fraktionen außer der CDU im Bezirksparlament unterstützt.

Tja, so ändern sich die Zeiten: Jetzt nach der Wahl wird die demokratische Beteiligung der Bezirksversammlungen ausgeschaltet. Die Linksfraktion in Hamburg-Mitte ist überzeugt, dass



**Prescht gerne in den Medien vor und düpiert
das Bezirksparlament: Markus Schreiber**

dieses Vorgehen eine Rüge wert ist. In dem entsprechenden Antrag wurde Herr Schreiber u.a. aufgefordert, das Papier „Bezirksverwaltung auf Kurs 2020“ unverzüglich der Bezirksversammlung schriftlich zur Verfügung zu stellen. Das hat Herr Schreiber verweigert, weil das Papier geheim sei, er nichts sagen dürfe und sich gar nicht erklären könne, wie diese Informationen in die Presse gekommen seien... Und Herr Falco Drossmann, Fraktionsvorsitzender der SPD, konnte sich wieder einmal darüber aufregen, wie schlecht mit Herrn Schreiber umgegangen wird. Der Antrag wurde abgelehnt. Das anwesende Mitglied der Piraten hat sicherheitshalber nichts gesagt.

*Christine Detamble-Voss,
stv. Vorsitzende der
Linksfraktion Hamburg-Mitte*

Buchtipps

Die „Schanze“, berüchtigt als Krawall- und Latte-Macchiato-Viertel, ist im Wandel – hier wie andernorts nicht immer zum Besten des Quartiers. „Gentrifizierung“ lautet die neudeutsche Bezeichnung für Aufschickung. Die Schanze hat ihren Kiez-Charakter trotzdem noch nicht ganz verloren, was auch damit zu tun hat, dass ihre bewegte Geschichte überall Spuren hinterließ. Einige davon werden in diesem Rundgang aufgespürt.

Der Autor, der seit 1997 im Schanzenviertel lebt, gelangt zu einer eigenwilligen Charakterisierung des Viertels. So zieht er deutliche Parallelen von lange zurückliegenden politisch gewollten Entwicklungen des Stadtteils zur aktuellen Hamburger Politik und lässt dabei kein noch so vages revolutionäres Ereignis unerwähnt.

Erschienen im VSA-Verlag, April 2011, 108 Seiten, viele farbige Fotos
Erhältlich u.a. in der Buchhandlung im Schanzenviertel, € 10,80

Die Schanze: Galão-Strich oder Widerstandskiez?

Streifzug durch ein klammheimliches Klavierviertel

Gerd Siebecke



VSA

Terminvorschau

Offenes Treffen

DIE LINKE. Stadtteilgruppe St. Pauli

Dienstag, 7. Juni, 19.30 Uhr

Haus der Grauen Panther Hamburg e.V.

Lerchenstr. 37 (nahe Schilleroper)

Auch Menschen ohne Parteibuch sind herzlich willkommen.

DIE LINKE. St. Pauli sammelt Unterschriften für das Volksbegehren „Unser Hamburg - unser Netz“ am Samstag, 4. Juni, 11-14 Uhr, vor dem Edeka-Markt, Paul-Roosen-Straße. Mehr zum Volksbegehren auf S. 6-7.

Impressum

Herausgeberin: **DIE LINKE. STADTTEILGRUPPE ST. PAULI**

V.i.S.d.P.: Markus Schneider-Johnen c/o DIE LINKE. Landesverband Hamburg, Wendenstr. 6, 20097 Hamburg, Mail: viva@die-linke-st-pauli.de

Redaktionsschluss für SPX Nr. 9: 31. Juli 2011

Fotonachweis: S. 1-4, 7-11: Markus Schneider-Johnen / S. 12: VSA-Verlag

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier